

BÜRGER/INNEN-BEITELIGUNG EIN PRAKTISCHER LEITFÄDEN FÜR DIE GEMEINDEN IN SÜDTIROL



Paths of Participation!
Percorsi di partecipazione!
Pfade von Partizipation!



INHALTSVERZEICHNIS

5

Einleitung

7

Repräsentative und partizipative Demokratie in Südtirol: Komplementäre Instrumente

11

Direkte und partizipative Demokratie in Südtirol: Komplementäre Instrumente

14

Instrumente und Methoden der Bürgerbeteiligung

38

Fazit und Danksagung

EINLEITUNG

Herausgegeben von der Gruppe POP! Bozen

(Isabel Gallmetzer, Tommaso Grugnetti, Valentino Liberto, Michele Matejka, Marialaura Moschella, Fabian Pedrotti, Marlene Pernstich, Hannes Prenner, Daniel Russo, Guido Schmalzl, Alessio Tomelleri und Andrej Werth) —————

1. PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE: MEHR BETEILIGUNG AN ÖFFENTLICHEN ENTSCHEIDUNGSPROZESSEN:

Das demokratische System hat im Laufe seines Entwicklungsprozesses unterschiedliche Ausprägungen angenommen, wobei aktuell die repräsentative Demokratie als die gängigste Form gilt. Aufgrund einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft, deren politische Repräsentation sich immer komplexer gestaltet, sowie angesichts der Kritik an einem deutlichen Demokratiedefizit innerhalb öffentlicher Institutionen und lokaler Verwaltungen gibt es ein zunehmendes Interesse an innovativen Instrumenten und Methoden, um die Macht ausübung durch die öffentliche Hand demokratischer zu gestalten. Im Klartext: Das Verlangen nach demokratischer Beteiligung seitens der BürgerInnen nimmt aktuell beobachtbar zu. Im Zentrum der Kritik stehen dabei, neben der häufig konstatierten Legitimationskrise der politischen Organe und Institutionen, die gewohnten Regelungsmechanismen (repräsentativer und direktdemokratischer Natur).

Parallel zu diesen Dynamiken entsteht so ein neues Verständnis von Demokratie, jenes der Partizipation. Partizipative Demokratie

bedeutet dabei nicht die Aushöhlung oder gar Abschaffung der gegebenen Entscheidungsmechanismen, sondern vielmehr ihre Festigung auf Basis neuer Formen von Beteiligung. Das Ziel ist folglich die wirkungsvollere Beteiligung der Bevölkerung bereits in den ersten Phasen öffentlicher Entscheidungsprozesse, um Entscheidungen und Beschlüsse mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesellschaft der Allgemeinheit zugänglicher zu machen.

Im Rahmen einer partizipativen Demokratie würde also das starre Mehrheitsprinzip abgeschwächt. Diese Neuorientierung des gesellschaftlichen Demokratieverständnisses würde auch den individuellen Ideen und Argumenten der BürgerInnen mehr Wert beimessen und diese somit wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Entscheidungen rücken.

Der Ansatz der BürgerInnenbeteiligung birgt also die vielversprechende Möglichkeit in sich, einen intensiveren sozialen Zusammenhalt zu schaffen und würde darüber hinaus dazu führen, dass Bevölkerung und Institutionen bei der öffentlichen Entscheidungsfindung aktiver interagieren. Durch eine verstärkte Einbeziehung der eigenen BürgerInnen in die Entscheidungen der öffentli-

chen Verwaltung, würde deren politisch-administratives Handeln an Akzeptanz gewinnen. —————

2. DIE DREI BEDEUTUNGEN DER PARTIZIPATIVEN DEMOKRATIE. FÜR DIE BÜRGER/INNEN, FÜR DIE INSTITUTIONEN UND FÜR EINE NEUE REGIERUNGSMETHODEN

Die gesellschaftliche Bedeutung partizipativer Demokratie lässt sich anhand dreier Aspekte aufzeigen, die mittels dreier Verfassungsbestimmungen dargestellt werden können.

Der erste Aspekt bezieht sich auf die politisch-wirtschaftliche und soziale Solidarität gemäß Art. 2 der italienischen Verfassung. Demnach ist jede Einzelperson dazu aufgerufen, aktiv nach allgemeinem Wohlstand zu streben und Gemeingüter zu schützen. Die Beteiligung an öffentlichen Entscheidungsprozessen wird somit zu einer solidarischen Pflicht jedes/jeder Einzelnen.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf Art. 3 Abs. 2 der italienischen Verfassung. Der entsprechende Passus sieht vor, dass öffentliche Institutionen dafür Sorge zu tragen haben, dass der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, sowie der Teilhabe an der politi-

schen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung des Landes nicht nur nichts im Wege stehen darf, sondern allfällige Hindernisse auch ausgeräumt gehören.

Drittens kann die partizipative Demokratie sogar als Vermittlerin des horizontalen Prinzips der Subsidiarität gemäß Art. 118 der Verfassung betrachtet werden. In diesem Fall wären die BürgerInnen die Verwalter des öffentlichen Interesses, während die Gemeinden, Provinzen und Regionen sich erst als zweite Instanz einschalten würden. Dies, wenn und insofern die Öffentlichkeit das öffentliche Interesse effizienter als die private Hand steuern kann.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen kann man hinsichtlich der partizipativen Demokratie auch von einer innovativen, echten Regierungsmethode sprechen.

3. DIE INSTRUMENTE DER PARTIZIPATIVEN DEMOKRATIE: GOVERNABILITY IN SÜDTIROL

Die Anwendung von Formen partizipativer Demokratie geschieht in der Praxis durch spezifische Instrumente, die konkrete Lösungsansätze hinsichtlich des Demokratisierungsbedarfs bei Entscheidungsprozessen bereithalten.

Dabei stellt sich natürlich die Frage, wie und wo diese Instrumente zur Anwendung gelangen können.

Innerhalb der politischen Eliten in Südtirol besteht durchaus ein Bewusstsein darüber, dass bei Entscheidungen wie beispielsweise dem Bau einer neuen Seilbahn oder dem Verbot von Pestiziden gesellschaftliche Reibungsflächen entstehen, die zu Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung führen können.

Diese Unzufriedenheit kann sich unter Umständen auch in Form sozialer oder politischer

Konflikte artikulieren, die - wenn sie nicht gelöst werden - zu einer kurzfristigen lokalen Regierungs-krise, längerfristig aber auch zu einer Abwendung der BürgerInnen von den Institutionen führen könnte.

Der Anwendungsbereich der partizipativen Demokratie liegt genau in diesen Spannungsfeldern. Die entsprechenden Instrumente und Methoden unterlaufen das soziale Konfliktpotential, indem dieses als Anstoßpunkt für Innovationen und eine bewusste Beteiligung am öffentlichen Leben genutzt wird.

Die Anwendung partizipativer Elemente versteht sich vor diesem Hintergrund als äußerst lohnenswertes Unterfangen: Es kann als eine Investition in die zukünftige Entwicklung eines Territoriums verstanden werden, die, mit Blick auf die lokalen Verwaltungen, vertrauensbildend wirkt.

Die Südtiroler Gruppe des Projekts POP! konzentrierte sich in ihrer Arbeit auf konkrete Anwendungsgebiete der partizipativen Demokratie innerhalb der Südtiroler Gemeinden, ohne dabei die theoretischen Voraussetzungen für eine BürgerInnenbeteiligung außer Acht zu lassen.

So wurde versucht, das gesamte Spektrum politikwissenschaftlicher Instrumente, die bereits von zahlreichen öffentlichen lokalen Verwaltungen etwa in Italien oder in Österreich, wie auch in anderen Ländern umgesetzt wurden, zu erfassen. Das Ergebnis des Projekts ist dieser Leitfaden für lokale Verwaltungen, der darauf abzielt, in entsprechende theoretische Diskussionen einzuführen sowie deren Umsetzung anzuregen.

Hierfür wurden sieben partizipative Instrumente - die öffentliche Debatte, die E-Demokratie, die Planungszelle, das *Deliberative Polling*, der W, das *Electronic Town Meeting* und der BürgerInnenhaushalt - sowie zwei Beteili-

gungsmethoden - das *World Café* und die *Open Space Technology* - beschrieben und erklärt.

Diese Instrumente haben die Aufgabe, die lokalen Verwaltungen den BürgerInnen näherzubringen, wobei der Fokus auf der Bewältigung unterschiedlicher Alltagsprobleme, wie soziale und finanzielle Entwicklungen, die Umwelt- und Raumplanung, oder die Umsetzung von Großprojekten auf lokaler Ebene liegt.

Für jedes Instrument bzw. jede Methode wurde eine Kurzbeschreibung in Tabellenform erstellt, um deren jeweilige Bedeutung, als auch die Vor- und Nachteile auf nachvollziehbare Art und Weise aufzuzeigen. Abschließend wurden die erarbeiteten Erkenntnisse zu den einzelnen Instrumenten und Methoden in einem Diagramm zusammengefasst. Dabei ging es darum, das Potenzial eines Instrumentes mit spezifischen Problemstellungen sowie Überlegungen zur räumlichen Ausdehnung zu verschränken. Abseits der Ausarbeitung dieses Leitfadens, war es den TeilnehmerInnen des Projekts ein Anliegen, sich über den Kenntnisstand zur BürgerInnenbeteiligung und etwaige Anwendungsgebiete in den jeweiligen Südtiroler Gemeinden zu informieren. Hierzu wurde im Sommer 2014 ein Fragebogen an alle Südtiroler Gemeinden verschickt und von den TeilnehmerInnen ausgewertet. Das erhaltene Feedback diente dabei einerseits der Überprüfung des Ist-Zustandes partizipativer Elemente in den Gemeindeverwaltungen sowie als Anstoß der entsprechenden Diskussionen dazu.

REPRÄSENTATIVE UND PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE IN SÜDTIROL: KOMPLEMENTÄRE INSTRUMENTE

Daniel Russo —

„Alle Staatsbürger haben das Recht, sich frei in Parteien zusammenzuschließen, um in demokratischer Form an der Ausrichtung der Staatspolitik mitzuwirken.“ Art. 49 der italienischen Verfassung

Wenn man von demokratischer Beteiligung an der Staatsführung spricht, kommt man um Art. 49 der Verfassung nicht herum. Dieser Artikel, der in der frühen Nachkriegszeit verfasst wurde, verkörpert auch heute noch die formelle Vorstellung, die wir von repräsentativer Demokratie haben. Dies ist nun gewiss nicht der richtige Ort für juristische Hermeneutik. Was uns aber interessiert, ist zu verstehen, in welcher Hinsicht Art. 49 in unserem heutigen System, das sich in erheblichem Maße von dem von 1949 unterscheidet, noch als aktuell angesehen werden kann.

DIE NEUEN STÄTTEN DER PARTIZIPATION

Heutzutage spricht man über neue Formen der demokratischen Beteiligung, weil ihre ursprüngliche Gestalt in Form von Parteien nur noch teilweise den Erwartungen an politische Vorschläge und diese zu generieren, gerecht wird. Die Personalisierung der Politik und die Unfähigkeit der Parteien, kollektive Forderungen der BürgerInnen zu interpretieren, machen neuen Raum für mehr Partizipation erforderlich.

Obwohl sich die repräsentative Demokratie mit Sicherheit in einer Krise befindet, ist sie nach wie vor aktuelles Regierungsmodell. Trotz stark ansteigender Politikverdrossenheit, können wir im Gegensatz zu anderen Demokratien zumindest festhalten, dass das „alte Modell“ noch durchhält. Dies heißt jedoch nicht, dass die heutige „institutionelle Struktur“ den neuen Bedürfnissen nach Beteiligung angemessen entspricht.

Die Krise des Modells, das die bevormundende Prägung der Ersten Republik aufweist, lehrt uns meiner Meinung nach etwas ganz Wichtiges: Beteiligung ist nicht „das Heilmittel allen Übels“ der repräsentativen Demokratie. Anders gesagt: Die neuen Beteiligungsformen können nicht als jenes Instrument gesehen werden, das die repräsentative Politik stärkt. Die Beteiligung ist eine Form der Regierung, nicht des Konsens. Tatsächlich versteht man unter Beteiligung kein System, das dem repräsentativen entgegensteht, sondern eines, das mit diesem harmoniert. Es ist eine Frage der Methode, die durch

Verfahren der Einbeziehung in die kollektiven Entscheidungsprozesse garantiert wird, nicht durch die Trennung der Befugnisse und des alltäglichen Funktionierens des Staatsapparats. Somit müssen wir uns daran gewöhnen, neue Formen der Beteiligung als zweckdienlich für die Lenkung des Staats zu betrachten. Es gibt Beispiele von Partizipation, wo sich BürgerInnen für die Verwendung von Geldern für ein bestimmtes Projekts ausgesprochen haben anstatt eben für ein anderes. Dies deutet darauf hin, dass jenseits der herkömmlichen politischen Vertretung neuer Raum für politische Beteiligung entsteht, der nicht übergangen werden kann.

Obwohl die voranschreitende Spezialisierung des Arbeitsmarktes sowohl Volksvertreter, wie die Parteien, aber auch Gewerkschaften in eine Krise stürzte (man erinnere sich nur an die Schwierigkeiten mit den GAKV), erhöhte sich durch diesen Prozess aber auch der Bildungsstand. Nehmen wir das Beispiel der gesamtstaatlichen Kollektivverträge her. Diese Verträge unterteilen Berufe in festgelegte, vergleichbare Kategorien und setzen voraus, dass diese Kategorien von Bozen bis Palermo gleich angewandt werden. Auf der einen Seite wird hierdurch der Arbeitsmarkt versteift, auf der anderen Seite sind die Kategorien mitunter sehr abstrus. So werden Softwareprogrammierer zum Beispiel als Metallarbeiter eingestuft. Diese Prozesse haben unweigerlich auch Auswirkungen auf das demokratische Leben. Die fortgeschrittene Spezialisierung und das höhere Bildungsniveau

bedeuten gleichzeitig mehr intellektuelles Potenzial, um bestimmte politische Positionen zu verstehen und diesbezüglich Entscheidungen zu treffen. Volksvertreter werden immer weniger als Filter benötigt.

In diesem Sinne kann die Zivilgesellschaft heute nicht mehr ignoriert werden. Anstelle politischer Filter benötigen die BürgerInnen jetzt, bei sie direkt betreffende Entscheidungen, Regeln, die sie an solchen Entscheidungsprozessen teilhaben lassen. Aus dem Misstrauen gegenüber dem repräsentativen System und dem sich stets verbesserten Verständnis politischer Realitäten entsteht daher unvermeidbar eine neue Agora für Bürgerbeteiligung, die nicht ignoriert werden kann. —

DURCH NEUE DEMOKRATISCHE BETEILIGUNG ZU NATIONALEN ENTSCHEIDUNGEN BEITRAGEN

Vom Misstrauen ihnen gegenüber abgesehen, welche Rolle würde den Parteien in diesem neuen Szenario zufallen? Wie interagiert die parteiliche Bürgervertretung mit der direkten BürgerInnenbeteiligung? Dies sind die beiden großen Fragen, die in der näheren Zukunft zu beantworten sind.

Wenn es stimmt, dass die Parteien ihre eigentliche Rolle verloren haben, ist eine Regierung, die nicht auf politischer Delegation basiert, kaum vorstellbar. Die neue Rolle der Parteien kann demnach nur die eines Versuchslabors langfristiger Visionen sein. Folgende Problematiken ergeben sich dadurch: Einerseits benötigen wir Parteien, die zuverlässig und glaubwürdig sind. Andererseits muss der Wunsch nach mehr Beteiligung in die Politik integriert werden.

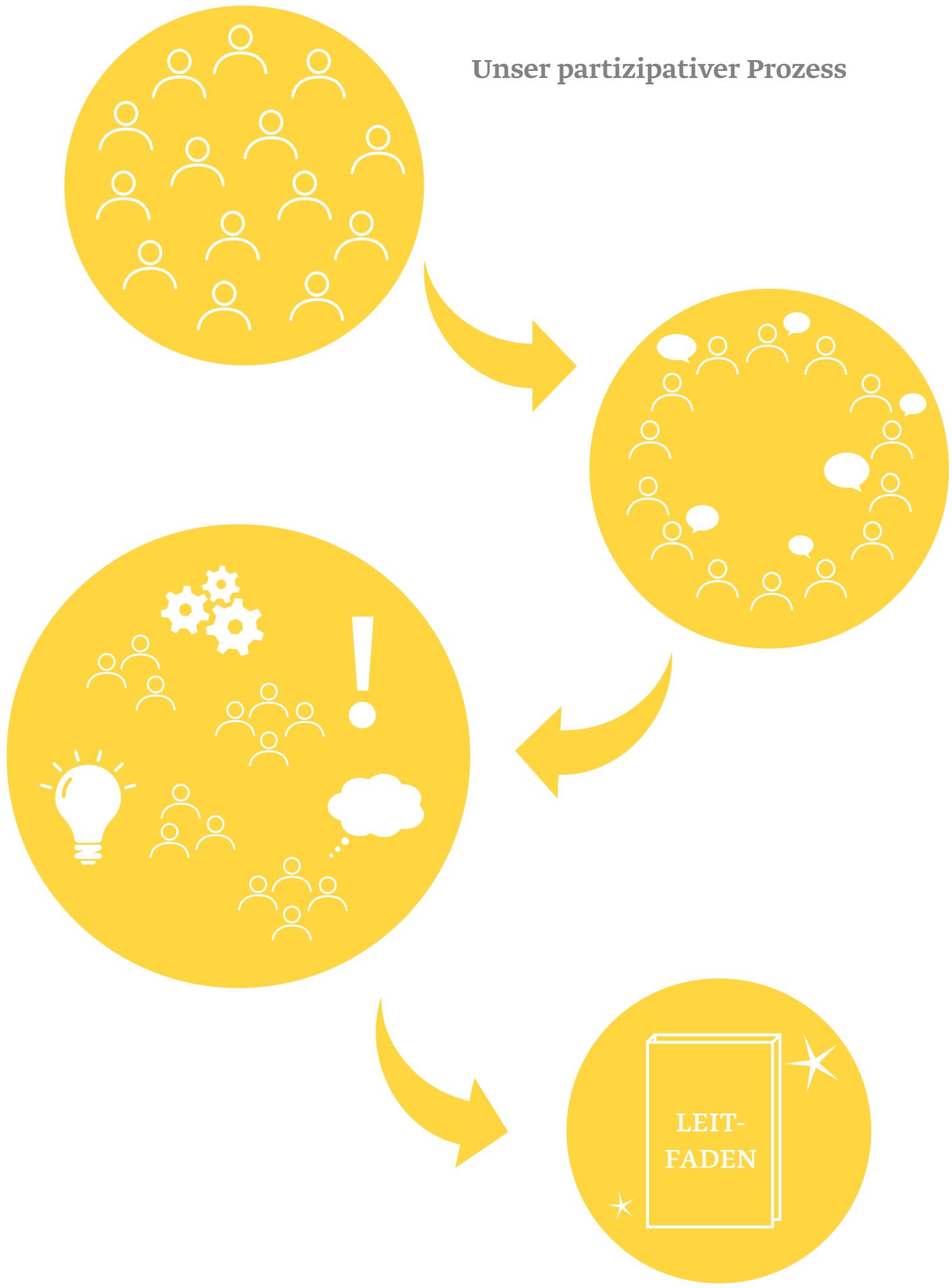
Wie alle anderen repräsentativen Institutionen auch, müssen die Parteien damit aufhören, sich nur auf sich selbst zu beziehen und endlich größere Probleme angehen. Notwendig sind Foren für Diskussionen und Vorschläge, die in dieser Form heute noch fehlen. Ein Wahlkampfkomitee einer Partei ist nichts anderes als die Selbstrepräsentation einer Regierungselite, die das Alltagsgeschäft betreibt. Es sind dagegen die Parteien selbst, innerhalb denen die großen Visionen ausgearbeitet werden müssen, die wirklich repräsentativ für den gemeinsamen Gedanken stehen und wodurch die Parteien wieder an Würde und

Maßgeblichkeit gewinnen würden.

Gleichzeitig muss jedoch das Recht aller auf Beteiligung garantiert werden. Dieses Recht trüge auch dazu bei, dass die Politik jene Würde wiedergewinnt, die sie so dringend benötigt. So sind es die BürgerInnen, die mit ihren verfassungsmäßigen Rechten das Schicksal eines Landes bestimmen. Daher liegt es an uns allen die Werte der Demokratie, über den Gang zur Urne hinaus, zu leben. Da Beteiligung an sich ein fließendes Konzept ist, benötigen wir konkrete Instrumente, damit uns klar wird, was wir unternehmen können.

Aus diesem Grund engagieren wir uns dafür, dass außer diesem Leitfaden zur BürgerInnenbeteiligung auch die Anwendung mehr oder weniger innovativer Regierungsmethoden umfassend reflektiert wird, um die effektive Beteiligung aller ArbeitnehmerInnen an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation des Landes zu fördern.

Unser partizipativer Prozess



DIREKTE UND PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE IN SÜDTIROL: KOMPLEMENTÄRE INSTRUMENTE

Valentino Liberto —————

Im August und September 2014 fanden in Südtirol auf kommunaler Ebene drei Volksbefragungen statt, wovon zwei Volksabstimmungen (Referenda) waren. In der Gemeinde Mals im Vinschgau ging es bei der Volksabstimmung um das Verbot der Verwendung chemisch-synthetischer, phytosanitärer Produkte (besser bekannt als „Pestizide“) in der Landwirtschaft. In Brixen wurden die BürgerInnen dazu aufgerufen, über die Verkehrsanbindung zwischen der Stadt und dem Ploseberg zu entscheiden. Dabei gab es drei Alternativen: eine neue Seilbahnverbindung vom Bahnhof Brixen, eine verbesserte Busverbindung zwischen Stadt und Talstation der bereits bestehenden Umlaufbahn in St. Andrä, oder die Beibehaltung des status quo. Eine Volksbefragung, die auf die Fraktion Meransen in der Gemeinde Mühlbach beschränkt war, betraf die Strecke einer Seilbahn zwischen Mühlbach und Meransen.

VOLKSABSTIMMUNG IN MALS

In der Gemeindesatzung 2012 wurde in Mals die einführende Volksabstimmung mit bindender Wirkung und der Senkung des Beteiligungsquorums auf 20% beschlossen. Das „Promotorenkomitee für eine pestizidfreie Gemeinde Mals“ sammelte im Jahr darauf 500 Unterschriften, um eine Volksabstimmung über die Einführung eines Artikels in die Gemeindesatzung durchzuführen, der „den Einsatz von phytosanitären biologisch abbaubaren Produkten auf dem Gemeindegebiet fördert und den Einsatz von äußerst giftigen phytosanitären chemisch-synthetischen Substanzen, die für den Menschen und die Umwelt schädlich sind, sowie von Herbiziden verbietet“. Vom 22. August bis zum 5. September 2014 durften alle BürgerInnen über 16 Jahre zum ersten Mal per Briefwahl zwischen „Ja“ und „Nein“ entscheiden. Das Beteiligungsquorum wurde bereits am zweiten Tag überschritten und belief sich schließlich auf 69,22% (3.348 von 4.837 stimmberechtigten Personen). Mit 75,68% Ja-Stimmen gegenüber 24,32% Nein-Stimmen überwogen klar die BefürworterInnen eines Pestizidverbotes.

VOLKSABSTIMMUNGEN IN BRIXEN UND MERANSEN

Auf der Grundlage der Satzung und der Gemeindeordnung von 2011 fand am 21. September 2014 in Brixen die erste Volksabstimmung zu folgender Fragestellung statt: „Für welches Projekt zur direkten Anbindung des Plose-

bergs an die Stadt soll sich die Gemeinde Brixen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten einsetzen?“ An der Abstimmung beteiligten sich 58,66% der stimmberechtigten Personen (10.000 von 17.000 BürgerInnen über 16 Jahre): 50,06% sprachen sich für die Einrichtung einer verbesserten Busverbindung zwischen Stadt und Talstation der Umlaufbahn in St. Andrä aus, 42,57% (4.260) hingegen für die Seilbahnverbindung ausgehend vom Bahnhof Brixen. 6,23% waren für die Beibehaltung des status quo. Für die bindende Gültigkeit der Abstimmung mussten sich mindestens 25% der stimmberechtigten Wähler (4.265) für eine der drei Möglichkeiten aussprechen.

Am selben Tag beantworteten in Meransen 502 der 680 stimmberechtigten (73,6%) die vom Promotorenkomitee formulierte Frage: „Soll bei einer Neuerrichtung der Seilbahn Mühlbach-Meransen die heute bestehende Trasse beibehalten werden?“ Das Quorum betrug 50%, und das Ergebnis der Abstimmung mit beratendem Charakter waren 256 Ja- gegenüber 244 Nein-Stimmen.

WELCHE INTERESSEN STANDEN HINTER DIESEN VOLKSBEFRAGUNGEN?

In Mals überwogen die Forderung des Rechts auf Gesundheit und der Ruf nach biologischer Landwirtschaft über die wirtschaftlichen Interessen der intensiven Monokultur.

In Brixen wurde die Realisierung einer neuen Seilbahnverbindung (vom Bahnhof zur Talstation

der Umlaufbahn in St. Andrä/Plose) im Namen der Tourismus- und Wirtschaftsentwicklung unterstützt, traf jedoch auf den Widerstand derjenigen, die sich gegen eine Anlage über der Stadt aussprachen. Ebenso trafen diejenigen, die einen Ortswechsel der Station von Meransen zu den Skianlagen des Gitschbergs befürworteten, auf den Widerstand derer, die die Station in der Fraktion behalten wollten. In allen drei Fällen handelte es sich um eine heftige, aber informierte Konfrontation: Zahlreich und gut besucht waren die öffentlichen Versammlungen, die auch von den Promotorenkomitees organisiert wurden. Die Gemeinde Mals übermittelte den Stimmberechtigten zudem eine Informationsbroschüre.

Was bleibt, ist die Frage nach dem Effekt des Instruments „Volksabstimmung“. Im Fall Brixen, zum Beispiel, sprachen sich die im Gebirge liegenden Ortschaften für die neue Seilbahnverbindung aus. Im Vorfeld mangelte es an einer vertieften Diskussion in Bezug auf alternative Strecken, welche den Konsens für eine neue Bahnverbindung evtl. erhöht hätten.

VOLKSABSTIMMUNGEN AUF GEMEINDEBENE

In Südtirol erlebten direkt-demokratische Instrumente in den letzten Jahren einen Aufschwung, was auch der Änderung der Gemeindesatzungen und der neuen Gesetzgebung auf regionaler Ebene zu verdanken ist. Mit Regionalgesetz 7/2004 wurde die Einführung der „Volksabstimmung“ in

den Gemeindesetzungen obligatorisch, wobei die Bestimmungen für das entsprechende Verfahren durch die Gemeindeordnungen zu regeln sind. Die Regionalgesetze 1/2013 und 3/2013 änderten die Ordnung der Gemeinden und machten eine weitere Anpassung der Satzungen notwendig. Zehn Südtiroler Gemeinden führten das „Null-Quorum“ bei Volksabstimmungen ein: Vöran 2005, St. Ulrich, Wengen und Völs 2006, Lana, Vahrn, Toblach und Terenten 2010, Algund 2012 und Kurtatsch 2014 (nachdem es dort bereits, wie in Innichen, auf 15% gesenkt worden war). Die neuen Bestimmungen ermöglichen zahlreiche Befragungen, aber die zuweilen geringe Beteiligung kann widersprüchlich interpretiert werden: von der Volksbefragung zum Skiprojekt Ried-Walchhorn 2010 in Bruneck (Quorum 40%, Beteiligung 33,7%) bis hin zu den Volksabstimmungen in Mals und Taufers über das Wasserkraftwerk des Rambachs 2013, bei denen die Ja-Stimmen der BefürworterInnen nur knapp überwogen.

VOLKSABSTIMMUNGEN AUF LANDESEBENE

Mit der Verfassungsreform 2001 übernahm die Autonome Provinz Bozen die ausschließliche Zuständigkeit auch im Hinblick auf die direkte Demokratie. Während die Beteiligung an den abschaffenden Volksabstimmungen auf gesamtstaatlicher Ebene in Südtirol seit jeher schwankt (von 16,6% zur medizinisch unterstützten Fortpflanzung 2005 bis zu 66,7% im Jahr 2011 zur öffentlichen Wasser-

versorgung und der Atomenergie), blieb sie bei den Volksabstimmungen auf Landesebene, die mit dem LG 11/2005 eingeführt wurden, immer weit unter 50%. An den einführenden Volksabstimmungen 2009 zu fünf Gesetzesvorschlägen auf Volksinitiative, wovon zwei die direkte Demokratie und eine die öffentliche Finanzierung des Flughafens betrafen, beteiligten sich zirka 38%. Damit wurde das Quorum von 40% nicht erreicht, obwohl es in fünf Bezirken überschritten wurde. In den Gemeinden, auf die sich die italienische Sprachgruppe konzentriert, wurde sich generell mehr enthalten (so wählten in Bozen 25%).

Mit der bestätigenden Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 wurde das Gesetz „Bürgerbeteiligung in Südtirol“, das der Landtag 2013 verabschiedet hatte und welches das LG 11/2005 ersetzen sollte, abgelehnt. Die Beteiligung lag bei 26,4%, es war kein Quorum vorgesehen. Um den Grundstein für einen neuen Gesetzesentwurf bezüglich der BürgerInnenbeteiligung zu legen, startete der Erste Gesetzgebungsausschuss des Landtags im Oktober 2014 Dialoge zur direkten Demokratie („Mitreden und gewinnen“). Hierbei handelte es sich um sieben Abende in sieben Gemeinden Südtirols, die allen BürgerInnen offenstanden und die der Methode des World-Cafés folgten.

MEHR BETEILIGUNG

In diesem Leitfaden werden verschiedene Instrumente der partizipativen Demokratie vorgestellt. Der große Vorteil dieser

Instrumente besteht darin, konsensorientierte Lösungen sowie besser informierte BürgerInnenbeteiligung anzustreben. Immerhin gelang es manchmal auf Gemeindeebene, dank informierter BürgerInnen und einer hohen Wahlbeteiligung, die Lücken zu füllen, die normalerweise der direkten Demokratie anhaften. Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Institutionen einen solchen Prozess auf transparente Weise begleiten und darüber hinaus garantieren, dass alle Stimmen Gehör finden. Direkte und partizipative Demokratie sind keine alternativen Instrumente, sie ergänzen sich vielmehr im Streben nach erhöhter Bürgerbeteiligung und für das Gemeinwohl.

-  1. **BÜRGER/INNEN-HAUSHALT**
-  2. **BÜRGER/INNENRAT**
-  3. **DELIBERATIVE POLLING**
-  4. **E-DEMOKRATIE**
-  5. **ELECTRONIC TOWN MEETING**
-  6. **OPEN SPACE TECHNOLOGY**
-  7. **ÖFFENTLICHE DEBATTE**
-  8. **PLANUNGSZELLE**
-  9. **WORLD CAFÉ**

INSTRUMENTE UND METHODEN DER BÜRGER/INNEN- BETEILIGUNG¹

¹ Für mehr Informationen zu Instrumenten und Methoden der Bürgerbeteiligung: De Toffol, Valastro, Dizionario di democrazia partecipativa, 2012; Nanz, Frietsche, Handbuch Bürgerbeteiligung Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, 2012.

AUTOR	<i>Fabian Pedrotti</i>
NAME DES INSTRUMENTS	BürgerInnenhaushalt
DEFINITION	<p>Der BürgerInnenhaushalt ist ein Instrument der partizipativen Demokratie, welches die Bürger an Entscheidungen rund um den Haushalt beteiligt. Es gibt nicht ein einziges Modell des BürgerInnenhaushaltes, vielmehr handelt es sich dabei um ein sehr flexibles Instrument, das an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden kann.</p> <p>Am Anfang jedes BürgerInnenhaushaltes steht die Information der Bevölkerung über die Modalitäten der neuen Beteiligungsart:</p> <p>Worüber wird entschieden?</p> <p>Die Beteiligten können über die Verteilung des Haushaltes (entweder des gesamten, oder auch nur eines bestimmten Prozentsatzes) auf die verschiedenen Ressorts entscheiden, bzw. einen unverbindlichen Vorschlag dafür äußern. Allerdings könnte auch über die konkrete Verwendung der Haushaltsgelder abgestimmt werden.</p> <p>Wer entscheidet?</p> <p>In den meisten Fällen können alle BürgerInnen mitreden, es besteht aber auch die Möglichkeit, einen BürgerInnenhaushalt für einzelne Bevölkerungsgruppen, etwa nur für Jugendliche oder nur für Familien, einzurichten.</p> <p>Wie wird entschieden?</p> <p>Die endgültige Entscheidung über den BürgerInnenhaushalt kann sowohl durch eine Volksversammlung, durch eine Volksabstimmung als auch über eine Internetbefragung getroffen werden.</p> <p>Nach der Entscheidung liegt es an der jeweiligen Institution, den BürgerInnenhaushalt nach den bestehenden Möglichkeiten umzusetzen. Ein letztes, wichtiges Element des BürgerInnenhaushaltes ist die Bekanntgabe einer Schlussbilanz, in der aufgezeigt wird, welche Beschlüsse der Bevölkerung umgesetzt wurden, welche nicht und die entsprechenden Gründe hierfür.</p>
PRO UND KONTRA	<p>Pro:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhte Transparenz, was Ausgaben betrifft; • Größeres Verständnis für und höhere Akzeptanz von Entscheidungen; • Erhöhtes politisches Engagement und weniger Politikverdrossenheit; • Wertvolle Vorschläge seitens der Bevölkerung; • Auf die Bedürfnisse der BürgerInnen zugeschnittene Entscheidungen. <p>Kontra:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlust von Entscheidungsmacht der betroffenen Institution; • BürgerInnen sind für bestimmte Entscheidungen evtl. nicht qualifiziert genug; • Die Beteiligung beschränkt sich nur auf interessierte BürgerInnen; • Es können nicht alle Interessen im gleichen Maße befriedigt werden.



FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER- SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE- EIGNET?)	Der BürgerInnenhaushalt eignet sich vor allem auf der Verwaltungsebene einer Gemeinde oder eines Stadtviertels. In diesen Bereichen ist die notwendige Auseinandersetzung mit den Themen etwa in Diskussionen möglich, ohne den Entscheidungsprozess zu sehr zu verlangsamen. Auf höheren Ebenen ist ein BürgerInnenhaushalt nur möglich, wenn auch das Internet miteinbezogen wird.
FÜR WELCHE THEMATIKEN EIGNET SICH DAS INSTRUMENT?	Ein BürgerInnenhaushalt hat den großen Vorteil, dass er nicht nur einzelne Probleme löst, sondern insgesamt hilft, die Verwendung der Haushaltsgelder den Prioritäten der BürgerInnen anzupassen und somit eine viel stärkere Verbindung zwischen Politik und Bevölkerung zu erreichen.
BEISPIELE AUS DER PRAXIS	<p>Immer mehr Gemeinden weltweit - auch im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“ - setzen auf den BürgerInnenhaushalt als Mittel der konstruktiven Bürgerbeteiligung:</p> <p>Porto Alegre (Brasilien) In den 16 Bezirken der Stadt Porto Alegre werden Bürgerversammlungen einberufen, auf denen die Stadtverwaltung ihre bisherige Arbeit vorstellt und über die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde informiert. Zusätzlich gibt es fünf thematische Foren, in denen auf gesamtstädtischer Ebene folgende Themen diskutiert werden: Transport und Verkehr, Gesundheit und Soziales, Wirtschaftliche Entwicklung und kommunale Steuerpolitik, Erziehung, Kultur und Freizeit, sowie Kommunalorganisation und Stadtentwicklung. Die Bezirks- und thematischen Versammlungen entsenden Delegierte in ihre Delegiertenversammlungen, welche sich zu den Anträgen aus der Bevölkerung beraten und diese mit der Haushaltsplanung der Stadtverwaltung in Übereinstimmung bringen. Wegen der hohen Transparenz werden vom Stadtrat meist lediglich geringe Änderungen am so zustande gekommenen Investitionshaushaltsentwurf vorgenommen. Schlussendlich kontrollieren die Bürger in den Folgejahren, ob die beschlossenen Maßnahmen auch umgesetzt werden.</p> <p>Faenza (Italien) Die BürgerInnen können online oder per Formular ihre Vorschläge für neue Projekte abgeben. Diese werden darauf nach verschiedenen Kriterien (Machbarkeit, Finanzierung, rechtliche Notwendigkeit) geprüft und eine Prioritätenliste erstellt, welche in einer darauffolgenden Sitzung der Öffentlichkeit vorgestellt wird.</p>
FÜR WEITERE INFORMATIONEN	http://www.partizipation.at/part_budget_en.html

AUTOREN	Isabel Gallmetzer, Andrej Werth
NAME DES INSTRUMENTS	BürgerInnenrat
DEFINITION	<p>Der BürgerInnenrat ist eine innovative Methode der partizipativen Demokratie, welche die Einbeziehung und Beteiligung von Bürgern an politischen Prozessen durch das Zufallsprinzip vorsieht und zudem die jeweilige Gesellschaft zur Auseinandersetzung mit politischen Problemlagen sensibilisieren soll. Eine einheitliche Definition der Methode liegt nicht vor, da unterschiedliche – wenn auch sehr ähnliche – Verfahrensweisen vorgesehen sind.</p> <p>Ursprünglich handelt es sich dabei um ein US-amerikanisches Modell und ist dort unter dem Begriff Wisdom Council (Rat der Weisen) bekannt. Im europäischen Raum gilt das österreichische Bundesland Vorarlberg als Vorreiter bei der Implementierung, Anwendung und Weiterentwicklung dieses Ansatzes, wobei die Vorarlberger Bürgerratrichtlinie folgende Definition anführt:</p> <p><i>„Der Bürgerrat ist (...) ein moderiertes Beteiligungsverfahren, bei dem Bürgerinnen und Bürger ergebnisoffen über gemeinwohlrelevante Fragestellungen der Landes- und Gemeindeentwicklung beratschlagen“</i></p> <p>Die drei Arbeitsschritte (laut Vorarlberger Modell) lassen sich wie folgt einteilen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Auswahl der BürgerInnen (zwischen 16 und 70 Jahren) durch ein Zufallsprinzip. • Ein anderthalbtägiges Treffen der BürgerInnenratsmitglieder vor dem Hintergrund einer allgemeinen oder konkreten Fragestellung, mit dem Ziel der ausgewogenen Diskussion verschiedener Teilespekte eines Problems anhand einer professionellen Moderation und der anschließenden Erstellung eines (konsensualen) Statements dazu. • Die Präsentation der Ergebnisse vor einem interessierten Publikum im so genannten BürgerInnencafé mit anschließender Diskussion. • Die Übermittlung des Statements sowie der Dokumentation der Diskussion an die entsprechenden politischen EntscheidungsträgerInnen. <p>In Vorarlberg gibt es seit 2006 BürgerInnenräte, wobei die Initiative zur Einsetzung dieses Forums von politisch-institutioneller Seite angestoßen wurde. Seit der Änderung der Vorarlberger Verfassung 2013 ist es darüber hinaus möglich, dass BürgerInnen mit Hilfe von 1.000 Unterschriften die Einsetzung eines BürgerInnenrates einfordern können.</p>



<p>PRO UND KONTRA</p>	<p>Pro:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Starke Bewusstseinsbildung für eine Problemsituation; • Empowerment-Ansatz (d.h. Prinzip der Selbstorganisation); • Individueller als auch kollektiver Lernprozess; • Sensibilisierung für das Gemeinwohl; • Stärkung der Diskussionskultur; • Demokratiepolitische Sensibilisierungsarbeit; • Geringe Kosten; • Raum für individuelle Gestaltungsmöglichkeiten; • Das Auswahlverfahren schmälert das Risiko der Dominanz von InteressenvertreterInnen. <p>Kontra:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechtliche Unverbindlichkeit: Politische EntscheidungsträgerInnen müssen sich nicht zwingend an den Empfehlungen der BürgerInnenräte orientieren; • Prinzip des Nicht-Wissens kann bei konkreten Aufgabenstellungen zum Problem werden bzw. das Ungleichgewicht bei bereits vorhandenem Wissen (dieser Punkt kann durch Impulsreferate abgeschwächt werden); • Das zufällige (freiwillige) Auswahlverfahren führt nicht zwangsläufig zum beabsichtigten repräsentativen Durchschnitt; • Politisch interessierte Personen, die Interesse an der Mitbestimmung zeigen, werden vom Prozess ausgeschlossen. <p>Die kurze Dauer von 1-2 Tagen hat positive, wie auch negative Seiten. So kann sie zu kurz sein, um sich in eine Materie einzuarbeiten und eine eigene Nachbearbeitung der Diskussion durchzuführen. Ebenso wird das Einholen von weiteren Meinungen erschwert. Andererseits wird damit der Manipulation des BürgerInnenrats vorgebeugt. Durch die Erstellung eines Dreistufenmodells kann diesen methodischen Schwachstellen entgegengewirkt werden, indem der Prozess besser strukturiert bzw. Lösungsansätze zur Fragestellung spezifiziert werden: 1. Treffen: Problemdefinition / 2. Treffen: Lösungsansätze / 3. Treffen: Lösungsmöglichkeiten.</p>
<p>FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER- SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE- EIGNET?)</p>	<p>Ideal sind kleine bis mittlere Gebietskörperschaften: (Stadt)Gemeinden und kleinere, wie auch mittelgroße Bezirksgemeinschaften. Landesweite BürgerInnenräte werden nicht empfohlen, außer es werden mehrere BürgerInnenräte zu demselben Thema gleichzeitig in verschiedenen Gemeinden eingesetzt.</p>
<p>FÜR WELCHE THEMATIKEN EIG- NET SICH DAS INST- RUMENT?</p>	<p>Prinzipiell ist das Instrument für alle Fragen zur zukünftigen Entwicklung einer Gebietskörperschaft geeignet (Umwelt, Kultur, Soziales, Bildung, Verkehr etc.). Es stellt sich jedoch die Frage, inwiefern ethisch-moralische Diskurse für Diskussionsrunden dieses Formats geeignet sind.</p> <p>Im Bundesland Vorarlberg wurden in den letzten Jahren vornehmlich Themen aus den Politikfeldern Urbanistik, Infrastruktur, Umwelt und Soziales durch BürgerInnenräte bearbeitet.</p> <p>Für den in Südtirol initiierten Prozess zur Erstellung kommunaler Leitbilder erscheint das Vorarlberger Modell des BürgerInnenrats äußerst gewinnbringend.</p>

BEISPIELE AUS DER PRAXIS

Aufgrund der jahrelangen Praxis kann in Vorarlberg auf eine Reihe an unterschiedlichen (erfolgreichen) Beispielen zurückgegriffen werden.

In Bregenz wurde etwa ein BürgerInnenrat anlässlich eines vieldiskutierten Bauvorhabens in der Innenstadt durchgeführt. In Krumbach stellte man sich die Frage nach der Dorfverdichtung im ländlichen Raum, wohingegen ein grenzüberschreitender BürgerInnenrat zwischen Liechtenstein und Vorarlberg die Zukunft des Alpenrheintals thematisierte.

Im baden-württembergischen Weinheim wird dem BürgerInnenrat ein Dialogforum vorgeschaltet, indem sich unter wissenschaftlicher Anleitung Interessensvertreter treffen, um das angepeilte Problem zu besprechen. Anschließend werden zwei BürgerInnenräte (Kontrollgruppe) gebildet, weiter sollen Impulsreferate durch ausgewählte InteressensvertreterInnen (durch die Universität Wuppertal bestellt) für einen ausgewogenen Wissensstand unter den Teilnehmenden sorgen. Die Ergebnisse werden in einem zweiten Dialogforum der Öffentlichkeit präsentiert und anschließend der Politik übergeben.

Die Südtiroler Variante von Arbeitsgruppen für bestimmte Themenfelder auf Gemeindeebene (z.B. Mobilität) kommt dem Modell des BürgerInnenrates am nächsten, wobei das Auswahlverfahren den größten Unterschied darstellt.

FÜR WEITERE INFORMATIONEN

http://www.partizipation.at/part_budget_en.html

AUTOREN	Marlene Pernstich, Alessio Tomelleri
NAME DES INSTRUMENTS	<h2>Deliberative Polling (Deliberationsforum)</h2>
DEFINITION	<p>Das Konzept <i>Deliberative Polling</i> aus der Feder James Fishkins, dient dazu, die Meinungen und Ansichten zu einem Thema und die Meinungsveränderung der sich beteiligenden Personen aufzuzeigen, nachdem diese Personen akkurat, ausgeglichen und politisch neutral über alle Standpunkte informiert worden sind.</p> <p>M1 → Meinungsumfrage 1 Informationsprozess Meinungsumfrage 2</p> <p>Die befragten Personen repräsentieren die Grundgesamtheit. Sie erklären sich bereit, nach einer ersten Umfrage zu einem Thema (M1) an einem Informationsprozess und anschließender an einer zweiter Umfrage (M2) teilzunehmen.</p> <p>Zweck: Dieses Instrument zielt nicht darauf ab, eine Entscheidung zu treffen, sondern die Meinungsbildung zu beobachten bzw. Veränderungen während des Partizipationsprozess festzustellen, als eventuelle Grundlage für Entscheidungen anderer.</p> <p>Informationsprozess: Der Informationsprozess erstreckt sich über einen im Vorfeld definierten Zeitraum. Zu beachten sind die Notwendigkeit einer ausgewogenen Berichterstattung und der Zurverfügungstellung der Informationen aller Standpunkte zum Themenschwerpunkt. Die Teilnehmer beteiligen sich aktiv am Prozess. Weitere Voraussetzungen sind: Der (Medien)Partner, der die Informationen vermittelt, muss glaubwürdig sein; Neutralität des Einberufenden und der Kontrollinstanzen des Informationsprozesses müssen gegeben sein; ausreichend ausgebildetes Personal in den Einberufungs- und Kontrollinstanzen ist nötig, um den Beteiligungsprozess zu führen.</p> <p>Meinungsumfragen: Beide Meinungsumfragen – jene, die vor dem Informationsprozess und jene, die nach diesem durchgeführt wird – sind ein und dieselben. Nach Abschluss des Prozesses werden die abgegebenen Antworten der ersten und zweiten Meinungsumfrage miteinander verglichen. Das Ergebnis dieses Vergleiches zeigt die Veränderung in der Meinungsbildung der Teilnehmer während des Informationsprozesses auf.</p>



<p>PRO UND KONTRA</p>	<p>Pro:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Empfinden der Legitimität der Entscheidung wird erhöht; • Entscheidungen zugunsten anderer Standpunkte werden besser akzeptiert; • Gewählte Repräsentanten erhalten Informationen auf Basis einer wissenschaftlichen Meinungsforschung; • Die Asymmetrie des Informationsstandes wird angeglichen. <p>Kontra:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Politisierung der Diskussion; • Eventuelle Probleme der Repräsentativität; • Klarer Ausgang bzw. Lösung des Problems?; • Eventueller Mangel an Bereitschaft mitzumachen, wenn die Teilnehmenden nicht von der Wichtigkeit der Thematik überzeugt sind; • Zeit-, arbeits- und kostenintensiv; • Beeinträchtigung des gesamten Prozesses, wenn Meinungsbildner nicht für alle Ergebnisse offen sind, oder zu sehr ein bestimmtes Ergebnis forcieren.
<p>FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER- SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE- EIGNET?)</p>	<p>Das <i>Deliberative Polling</i> eignet sich für Gemeinden, Provinzen, Stadtviertel, die Regierung eines Staates oder eines Territoriums, Ministerien und NGO's.</p>
<p>FÜR WELCHE THEMATIKEN EIGNET SICH DAS INSTRUMENT?</p>	<p>Dieses Instrument ist für Themen geeignet, die besondere Aktualität und Relevanz für territoriale Einheit haben und für Diskussionspunkte von besonderer Wichtigkeit für eine Gemeinschaft.</p> <p>Außerdem ist es für Themen, über die die Zielgruppe wenig informiert ist, oder bei denen die Auswirkungen einer Entscheidung bisher noch nicht abgewogen worden sind, geeignet.</p> <p>Darüber hinaus ist es auch nützlich bei Themen, die sehr kontrovers diskutiert werden.</p>
<p>BEISPIELE AUS DER PRAXIS</p>	<p>Auf europäischer Ebene: 2009 trafen sich Vertreter aus 27 Mitgliedsstaaten, um über die bevorstehenden EU-Wahlen zu diskutieren.</p> <p>Auf nationaler Ebene: 2011 beteiligten sich Bürger aus Südkorea an einem solchen Prozess, um über einige Aspekte der Einigung von Süd- und Nordkorea zu diskutieren.</p> <p>Auf Gemeindeebene: 2007 diskutierten Eltern in Nordirland über das Projekt einer künftigen Schule in Omagh. Katholiken und Protestanten schafften es trotz der kulturellen Unterschiede zu Schlussfolgerungen zu kommen, die von allen befürwortet wurden.</p>
<p>FÜR WEITERE INFORMATIONEN</p>	<p>http://cdd.stanford.edu/polls/docs/summary/</p>

AUTORIN	Martina Trettel		
NAME DES INSTRUMENTS	E-Demokratie		
DEFINITION	<p>Unter E-Demokratie versteht man die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zur Erleichterung der BürgerInnenbeteiligung. Das kann entweder durch das sogenannte <i>E-Government</i> oder durch die sogenannte E-Partizipation geschehen.</p> <p>Wenn man von <i>E-Government</i> spricht, ist damit die Nutzung digitaler Technologien gemeint, durch welche verschiedene öffentliche Verwaltungsdienste im Internet verfügbar gemacht werden. Bei der Anwendung von Methoden des <i>E-Government</i> werden die BürgerInnen als Kunden betrachtet, dem solche Dienste durch IT-Instrumente leichter und angenehmer zugänglich gemacht werden. Demgegenüber versteht man unter E-Partizipation alle Aktivitäten, die mit der Mitteilung von Informationen, der Ausarbeitung von Projekten und der Diskussion von gemeinsamen Ideen und Zielen für die Verbesserung der öffentlichen Verwaltung zu tun haben. Mit Hilfe der E-Demokratie können BürgerInnen beispielsweise durch Umfragen ihre Meinungen äußern, oder es können durch Einrichtung von Online-Foren Diskussionen zu spezifischen, bürgernahen Themen (Umwelt, Großprojekte...) angestoßen werden.</p> <p>Die Kategorie der E-Demokratie umfasst alle Methoden und Instrumente, die den BürgerInnen die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen der öffentlichen Verwaltung erlauben. Dies kann von Diskussionen zu Gesetzesentwürfen, über die Möglichkeit seine persönliche Meinung zu lokalen Projekten zu äußern, bis hin zu Debatten über die Verwendung von finanziellen Mitteln reichen. Mit Hilfe der E-Demokratie können BürgerInnen ihre Meinung schriftlich über das Internet äußern, dort mit anderen AkteurInnen diskutieren und durch ihre Standpunkte politische Entscheidungen beeinflussen.</p> <p>E-Partizipation kann ausschließlich im Internet stattfinden oder durch Prozesse, die die digitale BürgerInnenbeteiligung mit der realen/“face-to-face“ Partizipation kombinieren.</p>		
PRO UND KONTRA	<p>Pro:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Methoden der E-Partizipation erlauben es den BürgernInnen ihre Meinungen auf direkte und schnelle Art und Weise zu äußern. Sie müssen nicht mehr persönlich bzw. physisch an klassischen Veranstaltungen teilnehmen und werden somit nicht von zeitlichen und logistischen Problemen beeinflusst. Alle auf E-Partizipation basierenden Methoden sind nicht nur ökonomisch betrachtet kostengünstig, sondern sparen auch Zeit. <p>Kontra:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die E-Demokratie kann politische Propaganda erleichtern und die Ausgestaltungsformen von Politik beeinflussen, z.B. wenn sich das politische Handeln für spezifische Zwecke an den elektronisch gestützten Informations- und Kommunikationstechnologien bedient. Deshalb sollte sich E-Demokratie nicht ausschließlich auf das reine Abstimmen beschränken, sondern darauf abzielen, einen angemessenen Ort für Debatten und Informationsaustausch zu schaffen. Die Teilnehmer einer Internet-Debatte oder die Nutzer von digitalen Beteiligungsmethoden müssen die notwendigen technologischen Kenntnisse besitzen und über eine Internetverbindung verfügen. Diese Voraussetzungen sind nicht immer gleichermaßen gegeben. Es gibt wesentliche Unterschiede in Bezug auf Altersgruppe, soziale Schicht, Bildungsniveau etc. Im Mittelpunkt der Instrumente steht das bloße Argumentieren und nicht die Person hinter den Vorschlägen. Auch andere Faktoren, die Teil der klassischen Diskussion sind, wie z.B. der Augenkontakt, treten in den Hintergrund. 		

FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER- SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE- EIGNET?)	<p>Die Instrumente der E-Demokratie sind für sehr unterschiedliche Kontexte geeignet: große, mittlere und kleine Gemeinden kommen für sie infrage. Das Instrument der E-Partizipation eignet sich insbesondere in größeren Kontexten. In kleineren Gebietskörperschaften, in denen logistische Probleme einfacher gelöst werden können, sind andere partizipative Instrumente geeigneter, vor allem solche, die auf einem direkten face-to-face Dialog basieren.</p>
FÜR WELCHE THE- MATIKEN IST DAS INSTRUMENT GE- EIGNET?	<p>Die E-Demokratie eignet sich dank der Flexibilität des Internets und der digitalen Instrumente für viele verschiedene Thematiken. Sowohl allgemeine Fragestellungen, als auch spezifische Problematiken können behandelt werden. Besonders eignen sich die Methoden der E-Demokratie für Konsultationen und Umfragen zu breiten Interessen, d.h. wo die Meinung der Bevölkerung gefragt und eine detaillierte Diskussion nicht weiter notwendig ist.</p>
BEISPIELE	<p>NATIONALE EBENE: Beispiel der öffentlichen Befragung zur Verfassungsreform 2013 Mithilfe einer digitalen Umfrage erfasste die Regierung Renzi die Meinung der Bevölkerung zu institutionellen Reformen. An der Befragung nahmen über 200.000 Bürger- Innen teil. Im Fazit zu dieser Befragung kann man die geringe Information bzw. Verbreitung beanstanden und dass keine nachträglichen Informationen über die Ergebnisse existieren. Mehr Informationen: http://governo.it/backoffice/allegati/73904-9084.pdf</p> <p>REGIONALE EBENE: Beispiel „Io partecipo/io partecipo +“ in der Region Emilia- Romagna Das Projekt wurde gestartet, um die Teilnahme der BürgerInnen am öffentlichen Leben zu fördern und diesen diverse Informationsdienste und Möglichkeiten zum Meinungsaustausch (z.B. durch Onlineforen) zu bieten. Mehr Informationen: http://partecipazione.regione.emilia-romagna.it/iopartecipo</p> <p>LOKALE EBENE: Im Jahr 2002 wurde in Vallentuna, einem Ort in der Nähe Stockholms mit ca. 30.000 Einwohnern, eine Vertreterin des lokalen Komitees „Democracy Experiment“ (DemoEx) in den Stadtrat gewählt. Gleichzeitig hat das genannte Komitee eine Online-Plattform eingerichtet, mit der die Einwohner von Vallentuna und andere Interessierte Vorschläge und geplante Projekte des Stadtrats kommentieren, sowie neue Ideen diskutieren und einbringen können. Die Gemeinderätin, die Mitglied im Komitee „Democracy Experiment“ ist, bringt diese Vorschläge der BürgerInnen in den Rat ein. Ihr Abstimmungsverhalten im Rat spiegelt die Entscheidungen wider, die im Vorfeld auf der Online-Plattform von der Mehrheit getroffen wurden.</p>
FÜR WEITERE INFORMATIONEN:	<p>http://www.partizipation.at/internet-forum.html; http://www.regione.toscana.it/documents/10180/23652/Dall'e-Government%20all'e-Governance/fbf9ac3f-0897-40b7-8d70-46a541c564ea/;</p>

AUTOREN	Hannes Prenner, Guido Schmalzl	
NAME DES INSTRUMENTS	<h2>Electronic Town Meeting</h2>	
DEFINITION	<p>Die Grundzüge des Modells <i>Electronic Town Meeting</i> entstanden in Amerika zu Zeiten des Kolonialismus und verbinden noch heute die Vorteile einer Kleingruppendiskussion mit denen einer großen Abstimmung.</p> <p>In einer ersten Phase dieser Methode werden die TeilnehmerInnen mit Hilfe von Dokumenten und Experten zu einem bestimmten Thema informiert. Dann werden Gruppen mit acht bis zehn Personen gebildet und mit Unterstützung eines Mediators fortlaufend verschiedene Themenbereiche besprochen. Jede Gruppe erarbeitet Vorschläge und Fragestellungen, welche auf großen Bildschirmen abgebildet werden. Des Weiteren können die einzelnen TeilnehmerInnen in Echtzeit über die verschiedenen Fragen abstimmen. Der Bildschirm zeigt also nicht nur die Kommentare und Überlegungen der einzelnen Tische auf, sondern auch die Ergebnisse der Abstimmungen. Mit diesem System können alle TeilnehmerInnen den Verlauf der Diskussionen der anderen Tische verfolgen.</p> <p>Die Möglichkeiten des <i>Electronic Town Meeting</i> sind international bekannt und die Methode ist relativ weit verbreitet.</p>	
PRO UND KONTRA	<p>Pro:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die TeilnehmerInnen können auf Basis ausführlicher Information eine Wahl treffen; • Die Kommunikation zwischen Bevölkerung und Regierung wird erleichtert; • Die Vorteile von Diskussionen und Abstimmungen können genutzt werden; • Es wird zwischen Debatten und Abstimmungen abgewechselt; • Die große Anzahl an TeilnehmerInnen ermöglicht viele verschiedene Meinungen; • Verschiedene Argumente können auf Bildschirmen abgebildet werden; • Die Entscheidungen können Einfluss auf die Entschlüsse der Politik haben. <p>Kontra:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Entscheidungen der TeilnehmerInnen sind nicht bindend; • Hoher Aufwand; • Bei vielen Tischen braucht es viele Mediatoren; • Die TeilnehmerInnen repräsentieren häufig nicht die Bevölkerung. 	
FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER-SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE-EIGNET?)	<p>Die Nutzung des Modells ist auf Provinz- und Regionsebene vorzuziehen. Nichtsdestotrotz wurde das <i>Electronic Town Meeting</i> auch schon auf staatlicher Ebene angewandt.</p> <p>Das <i>Electronic Town Meeting</i> ist für kleine Gebietskörperschaften, wie zum Beispiel eine Gemeinde, nicht sonderlich angemessen da eine einfache Bürgerversammlung zu ähnlichen Ergebnissen führt.</p>	
FÜR WELCHE THEMATIKEN EIGNET SICH DAS INSTRUMENT?	<p>Das Modell kann eigentlich für jede Art von Problemen angewandt werden, hat aber bei sozialen Themen besondere Vorteile.</p> <p>Probleme, welche die Bevölkerung direkt betreffen und auf großes Interesse stoßen führen zu mehr Mitarbeit und Einsatz.</p> <p>Das Modell erscheint unangemessen für bestimmte, generell wenig populäre Themen, wie z. B. Steuern oder Abgaben.</p>	

BEISPIELE AUS DER PRAXIS	Während das <i>Electronic Town Meeting</i> in den Vereinigten Staaten sehr verbreitet ist, tritt es in Europa relativ selten auf. In Italien findet die Methode in der Region Toskana sowie in der Stadt Bologna Anwendung. Dort wurde das Modell verwendet, um das neue Statut der Stadt zu besprechen.
FÜR WEITERE INFORMATIONEN	http://www.avventuraurbana.it/index.php/meeting/electronic-town-meeting-etm/ http://www.innovation.cc/scholarly-style/holzer_usa_l2gostino_schwester_holzer.pdf

AUTORINNEN	Maria Laura Moschella, Greta Klotz
NAME DES INSTRUMENTS	Open Space Technology
DEFINITION	<p>Die <i>Open Space Technology</i> ist ein Diskussionsmodell, bei dem die TeilnehmerInnen Ideen, Lösungsansätze und Vorschläge zu den jeweiligen Themen und Fragestellungen offen und frei austauschen.</p> <p>Schon die englische Bezeichnung dieser Methode der BürgerInnenbeteiligung schließt auf deren Hauptcharakteristik: Der zur Verfügung gestellte Raum muss offen und groß sein, ohne Tische, welche die Bewegungen der Beteiligten verhindern könnten. Der Raum sollte mit Tafeln und Stühlen, Stiften und Blättern zum Schreiben ausgestattet sein.</p> <p>Die Dauer des partizipativen Prozesses ist entscheidend und sollte zwischen fünf und acht Stunden pro Tag liegen. Es gibt keine festen Redner, sondern nur einige ModeratorInnen, die die Diskussion der Beteiligten erleichtern und den Vorgang eventuell protokollieren sollen.</p> <p>Einer der ModeratorInnen führt die Beteiligten zum Thema bzw. den Themen hin. Um die Aufmerksamkeit der Beteiligten zu gewinnen, sollte die Open Space Technology besonders für Themen genutzt werden, für die es noch keine Lösung gibt. Zudem sollte man seine Worte so wählen, dass sie die Kreativität der Beteiligten anregen.</p> <p>Unterbrechungen bzw. Pausen sollten bei dieser Methode nicht vorgegeben werden: Eine der wichtigsten Bedingungen für ein gutes Gelingen der Open Space Technology ist ein kontinuierlicher Prozess ohne Unterbrechungen. Die Methode unterliegt vier grundlegenden Prinzipien und einem so genannten „Gesetz“. Diese Prinzipien sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wer immer auch kommt, es sind die richtigen Personen; 2. Was immer auch geschieht, es ist das Einzige, was geschehen konnte; 3. Es beginnt, wenn die Zeit reif ist; 4. Wenn es endet, ist es beendet. <p>Dieses „Gesetz“ nennt sich das „Gesetz der zwei Füße“. Das bedeutet, dass die TeilnehmerInnen der Veranstaltung von ihren Füßen Gebrauch machen und sich im zur Verfügung gestellten Raum frei bewegen. Die Teilnehmenden sollten ihre Arbeitsgruppen so oft wie möglich wechseln und sich nur so lange in einer aufhalten, wie sie etwas lernen oder beitragen können. Wichtig: Am Ende des Arbeitstages sollten alle TeilnehmerInnen ein schriftliches Protokoll der Ergebnisse und der besprochenen Vorschläge erhalten.</p>



PRO UND KONTRA	<p>Pro: die Open Space Technology ist besonders effektiv</p> <ul style="list-style-type: none"> • wenn die Lösung für ein Projekt oder dessen Entwicklungen noch nicht klar sind. In diesem Fall fühlen sich die TeilnehmerInnen für die Ergebnisse des Projekts verantwortlich; • wenn viele verschiedene Themen oder unterschiedliche Aspekte eines Themas besprochen werden müssen; • wenn die Anwesenheit von Verantwortlichen und/oder ExpertInnen nicht unbedingt notwendig ist; • wenn die Größe der Gruppe nicht von vorne herein klar ist (die Open Space Technology eignet sich sowohl für kleine als auch größere Gruppen) • wenn man neue Gelegenheiten für das Lernen von anderen schaffen will; <p>Kontra:</p> <p>Die Open Space Technology sollte nicht angewendet werden, wenn die Lösung eines Problems oder die weitere Entwicklung schon bekannt und definiert ist: diese Tatsache könnte auf die Beteiligten enttäuschend oder frustrierend wirken.</p>
FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER- SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE- EIGNET?)	<p>Im Rahmen einer Veranstaltung bei der eine Open Space Technology durchgeführt wird, können 20 bis 400 Personen miteinbezogen werden. Die Methode eignet sich sehr für kleinere Kontexte, wie z.B. einer Gemeinde, Städten oder einzelnen Stadtvierteln, oder auch einer Schule.</p>
FÜR WELCHE THEMATIKEN IST DAS INSTRUMENT GEEIGNET?	<p>Das Thema einer Open Space Technology-Diskussion unterliegt keinen Einschränkungen. Es sollte sich allerdings um Themen bzw. Fragestellungen ohne bestehende Lösung handeln, für welche kreative, innovative und originelle Beiträge verlangt werden.</p>
BEISPIELE AUS DER PRAXIS	<p>Die Open Space Technology wurde in den achtziger Jahren in den USA entwickelt und ist inzwischen in vielen Ländern verbreitet. Ein geografisch nahes Beispiel ist ihre Anwendung im österreichischen Bundesland Vorarlberg im Rahmen einer Diskussion über ein neues Verkehrskonzept.</p>
FÜR WEITERE INFORMATIONEN	<p>http://www.openspaceworld.com/users_guide.htm</p>

AUTOR	Valentino Liberto	
NAME DES INSTRUMENTS	Öffentliche Debatte (débat public)	
DEFINITION	<p>Die öffentliche Debatte ist ein Informations- und Diskussionsprozess, um mögliche Konflikte seitens lokaler Institutionen (z.B. Gemeinde) in Bezug auf infrastrukturelle Großprojekte beizulegen. Die Methode der „öffentlichen Debatte“ wird hierbei von einer unabhängigen Kommission koordiniert.</p> <p>Die Phase der Debatte, die dem endgültigen Projekt vorangeht, erlaubt es jedem Bürger (sowohl als Individuen als auch als organisierte InteressensvertreterInnen) sich zu informieren, sowie eigene Meinungen oder Vorschläge zu Alternativen zu äußern.</p> <p>Die Hauptphasen der öffentlichen Debatten sind folgende:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Erläuterung des Projekts durch ein inhaltlich detailliertes, aber einfaches Dossier. Dieses sollte an ein so breit wie mögliches Publikum adressiert sein; • Die Organisation von öffentlichen und thematischen Versammlungen, auf denen die kritischen Aspekte und eventuellen Alternativen diskutiert und alle Meinungen geäußert werden können. Diese Versammlungen sollten mit Hilfe von Fachexperten durchgeführt werden. • Die Erarbeitung eines Endberichts durch diejenige Institution, die die Debatte koordiniert hat. Im Anschluss wird dieser Bericht an den Auftraggeber übermittelt. <p>Die erste öffentliche Debatte – débat public – fand in Frankreich statt und ist gesetzlich seit 1995 im sogenannten Loi Barnier (Barnier Gesetz) verankert.</p> <p>Der partizipatorische Prozess der öffentlichen Debatte ist in Frankreich für alle Infrastrukturprojekte, die teuer sind als 300 Millionen Euro, obligatorisch. Für kleinere Bauprojekte bis zu 300 Millionen Euro legt der staatliche oder private Antragssteller das Projekt der Staatskommission für die Öffentliche Debatte (CNDP) vor, die dann über die Notwendigkeit einer öffentlichen Debatte entscheidet. Dies geschieht auf Grundlage von vier Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Staatliches Interesse an dem Projekt; - Soziale und wirtschaftliche Faktoren; - Einfluss auf die Umwelt; - Einfluss auf die die Urbanistik der Region. <p>Treffen diese vier Kriterien zu, ist eine öffentliche Debatte ebenfalls vorgeschrieben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die CNDP, als unabhängige Verwaltungsinstitution wird durch fünf wesentliche Prinzipien geregelt, die ein positives Ergebnis der öffentlichen Debatte garantieren: • die ökonomische Unabhängigkeit (mit einem staatlichen Budget von 2,3 Millionen Euro); • die Unparteilichkeit; • die Transparenz (alle notwendigen technischen bzw. administrativen Informationen müssen zur Verfügung gestellt werden); 	

	<ul style="list-style-type: none"> • die Gleichberechtigung (jede Meinung zählt); • die Projektrelevanz (die nationalen Auswirkungen des Projektes auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft werden genau analysiert). • Die CNDP und eine weitere Kommission CDPD, die für jedes einzelne Projekt eigens eingerichtet wird, ziehen die Bilanz aus der Debatte und übergeben ihre Ergebnisse dem jeweiligen Auftraggeber. Dieser muss binnen drei Monaten seine Entscheidung im Amtsblatt öffentlich machen.
PRO UND KONTRA	<p>Pro (öffentliche Debatte in Frankreich):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtend für infrastrukturelle Großprojekte; • Für den Auftraggeber: die öffentliche Debatte verlangsamt die Planung von Projekten nicht, sondern hat das Potenzial sie zu verbessern, eben durch die Möglichkeit alternative Lösungen binnen einer relativ kurzen Zeit zu erarbeiten (die Debatte dauert vier Monate, eine Verlängerung von zwei Monaten ist möglich); • Für die Bevölkerung: Es ist überaus positiv, dass das Projekt überarbeitet, aber auch abgelehnt werden kann, falls es nach der Debatte als ungeeignet bewertet wird. <p>Kontra:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Ergebnis der Debatte hat nur eine beratende Funktion und ist für die öffentlichen Institutionen nicht verbindlich; • Die Debatte benötigt ein starkes demokratisches Bewusstsein, um eine Scheinpartizipation nach dem Motto „alles ist schon entschieden“, eine Instrumentalisierung seitens der politischen Entscheidungsträger, oder auch eine polarisierte Debatte (ja oder nein) zu verhindern. • Die Debatte verursacht hohe Kosten (in Frankreich sogar steigend: von 700 zu 1,5 Millionen Euro)
FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER- SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE- EIGNET?)	<ul style="list-style-type: none"> • Bezirks- oder Landesebene • große Städte oder Großstadtbezirke
FÜR WELCHE THEMATIKEN IST DAS INSTRUMENT GEEIGNET?	<p>Die öffentliche Debatte eignet sich vor allem zur Reflexion der Auswirkung von Großprojekten auf Städtebau, Raumordnung, Umwelt und Gesellschaft (insbesondere im Bereich Verkehr, Eisenbahn, Autobahn...).</p>

BEISPIELE AUS DER PRAXIS

Frankreich: débat public

Die öffentliche Bürgerbeteiligung wurde mit dem Barnier-Gesetz 1995 eingeführt. Dieses Gesetz legt die allgemeinen Regeln des Umweltrechts aus, infolgedessen die „Staatskommission für die Öffentliche Debatte“ CNDP geschaffen wurde. In der CNDP sitzen Abgeordnete und lokale Verwalter, sowie Richter der Regierung, des Kassationsgerichts, des Rechnungshofes und regionaler Verwaltungsgerichte. Des Weiteren besteht die Kommission aus Vertretern von Umweltschutz- und Verbraucherschutzorganisationen, sowie Gewerkschaftsvertretern. Die CNDP wurde mit dem Voynet-Gesetz 2002 zu einer unabhängigen Verwaltungsinstitution, als Frankreich die Aarhus Konvention 1998 über „den Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen, sowie den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten“ ratifizierte (ratifiziert von 75 Staaten, darunter auch Italien). Das Grenelle II-Gesetz aus dem Jahr 2010 hat die Zusammensetzung der CNDP abgeändert.

In Frankreich wurden zwischen 1997 und 2011 65 öffentliche Debatten organisiert, wobei nur weniger als ein Drittel dieser Debatten keinen Einfluss auf die geplanten Projekte hatten. Die restlichen Debatten haben die geplanten Projekte auf der Grundlage der öffentlichen Diskussionen abwandeln können, oder sie sogar gestrichen, was zu einer starken Reduzierung von Konfliktsituationen führte.

Italien: Toskana und Genua

Im Jahr 2007 hat die Region Toskana durch die Abänderung des „Regionalgesetzes über die Bürgerbeteiligung“ (Regionalgesetz 69/2007) die Verbindlichkeit der öffentlichen Debatte bei öffentlichen Projekten, die mehr als 50 Millionen Euro kosten, eingeführt.

Die erste öffentliche Debatte zu einem Großprojekt in Italien betraf die sogenannte Gronda di Ponente, eine neue Autobahn, die die Breite der A10 Genua-Ventimiglia in der Stadt Genua verdoppelt hätte. Die Gesellschaft Autostrade per l'Italia hatte ein Projekt vorgestellt. Da das Projekt überaus kontrovers diskutiert wurde, setzte sich die Bürgermeisterin von Genua für eine öffentliche Debatte zu vier alternativen Autobahnstrecken ein. So wurde im Laufe des Jahres 2008 eine diesbezügliche Kommission ins Leben gerufen, welche 2009 offiziell die Arbeit aufnahm. Die Debatte war ähnlich organisiert wie in Frankreich: nach drei Monaten wurde ein Endbericht verfasst, woraufhin sich die Società Autostrade für die von der Debatte vorgeschlagene Strecke ausgesprochen hat. Diese entsprach keiner der vier ursprünglichen Autobahnstrecken, sondern es handelte sich um eine neue fünfte Strecke, welche die negative Auswirkung auf die lokale Bevölkerung stark verringern soll (nur 200 statt ursprünglich 1.000 Familien werden von dem Bau betroffen sein). Nach Abschluss des Prozesses kritisierten mehrere Ausschüsse, die dem Projekt eher abgeneigt waren, die Organisation der öffentlichen Debatte. Sie beanstandeten vor allem das die „Option Null“ gefehlt habe, d.h. die Möglichkeit das Projekt im Ganzen zu stoppen.

Italien: Entwürfe für ein Staatsgesetz zur öffentlichen Debatte

- 2012, Regierung Monti: Gesetzesentwurf zur Reform des Vergaberechts: Das Thema der öffentlichen Debatte wurde innerhalb der Regierung kontrovers diskutiert und der Gesetzesentwurf stark modifiziert. Im ursprünglichen Gesetzestext hätte die öffentliche Debatte eine von einer unabhängigen Kommission geführte Institution sein sollen, die Raum für breite und offene Gegenüberstellungen bieten sollte. In der Folge wurde allerdings der überregionale Amtsleiter des Ministeriums für Infrastrukturen dazu bestimmt die Beratungen zu öffentlichen Bauvorhaben zu koordinieren. Zudem wurde die Möglichkeit alternative Projekte vorzuschlagen, gestrichen. Der Gesetzesentwurf schaffte es nie ins Parlament.
- 2013, Regierung Letta: Dokument der „Weisen“ – Runder Tisch zu institutionellen Reformen. Die öffentliche Debatte wird in confronto pubblico con i territori umbenannt, um sich vom französischen Modell zu distanzieren. Auch dieser Vorschlag bringt keine legislativen Ergebnisse.
- 2013, Regierung Renzi: Gesetzesvorschlag zur Regelung der öffentlichen Debatte in Bezug auf die Realisierung von infrastrukturellen Projekten bzw. öffentlichen Bauvorhaben von nationalem Interesse (*Disciplina del dibattito pubblico sulle decisioni concernenti la realizzazione di infrastrutture e opere pubbliche di rilevanza strategica nazionale*)
Der Gesetzentwurf, der sich von den vorhergegangen unterscheidet, wurde der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer übergeben und wird dort behandelt (Stand: November 2014). Eingebracht wurde er vom Abgeordneten Marco Causi von der Demokratischen Partei (PD).

FÜR WEITERE
INFORMATIONEN

<http://www.debatpublic.fr/>



AUTOREN	Tommaso Grugnetti, Michele Matejka
NAME DES INSTRUMENTS	<h2>PARTICIPATIVE URBAN PLANNING METHOD (PLANUNGSZELLE)</h2>
DEFINITION	<p>Definition</p> <p>Die Planungszelle ist ein informeller Prozess, durch den BürgerInnen einer oder mehrerer Gemeinden strategische politische Entscheidungen, die Entwicklung und die künftige Organisation ihrer Stadt- und Landschaftsgebiete mitbestimmen können.</p> <p>Dies geschieht unter Berücksichtigung des neu eingeführten Artikels 14-bis des urbanistischen Landesgesetzes (11. August 1997, n.13). Dort ist die BürgerInnenbeteiligung bei der Planung strategischer Gemeindeentwicklungsprojekte festgelegt.</p> <p>Beteiligte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Theoretisch alle BürgerInnen und AnwohnerInnen des betroffenen Gebiets; • ArbeiterInnen und StudentInnen, die im betroffenen Gebiet wohnen; • Überparteiliche und externe Körperschaften, die als Organisatoren bzw. Experten der BürgerInnenbeteiligung fungieren; • Ein Kommunikationsgarant (<i>garante della comunicazione</i>), der einerseits die vollständige Information der Bevölkerung garantiert und gleichzeitig die Unabhängigkeit des gesamten Prozesses vor politischen/parteilichen Beeinflussungen, da die lokale Regierung und der Beteiligungsprozess getrennt bleiben müssen (inspiriert von der Erfahrung in der Toskana, siehe http://www.comune.capannori.lu.it/node/8179); • Institutionelle Vertreter der lokalen Regierung (z.B. Assessor für die Urbanistik oder für die Chancengleichheit). <p>Sprache</p> <p>Um den Prozess so effizient und spontan wie möglich zu gestalten, sollte die Regel der spontanen Zweisprachigkeit angewandt werden: jedem Teilnehmer ist frei gestellt, die Sprache zu verwenden, die er möchte. Gegebenenfalls kann durch Hilfe von freiwilligen zweisprachigen TeilnehmerInnen oder der ModeratorInnen simultan übersetzt werden.</p> <p>Phasen des Prozesses</p> <p>Der Prozess setzt sich aus verschiedenen Phasen zusammen. In jeder Phase müssen ein institutioneller Vertreter und ein Moderator anwesend sein.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vorbereitende Plenarsitzung bzw. Versammlung: Zuerst werden von den Teilnehmenden Vorschläge eingebracht und die gewünschten Themen ausgewählt, darauffolgend dann Arbeit in Kleingruppen; 2. Mehrere Diskussionssitzungen von eher technischer Natur, um die Machbarkeit der Vorschläge zu analysieren; 3. Erstellung eines 3D-Modells des befassten Gebiets nach dem planning for real® - Modell; z.B. mit der spielerischen Beteiligung von Kindern und Schulen des jeweiligen Gebiets; 4. Gemeinsame Besuche des betroffenen Gebiets; 5. Fixe Treffen (sowohl real als auch digital), koordiniert durch einen Moderator und mit der Anwesenheit von mindestens einem Vertreter der lokalen Institutionen. Im Rahmen dieser Treffen können Bürger und Bürgerinnen ihre detaillierten Vorschläge einbringen, die stets begründet und erklärt werden sollen; 6. letzte Plenarsitzung mit dem endgültigen Projekt und den definitiv zu realisierenden Faktoren;

	<ol style="list-style-type: none"> 7. Veröffentlichung eines kurzen Ergebnisberichts, in dem der Beteiligungsprozess erläutert wird; 8. Formalisierung der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses (nach dem Schema des Bauleitplans der Gemeinde ex Art.19, l.p.13/1997); 9. Realisierung des Projekts.
PRO UND KONTRA	<p>Pro:</p> <ul style="list-style-type: none"> • verringerte Kosten; • Zusammenarbeit zwischen den lokalen Entscheidungsträgern und der Bevölkerung auf einer tendenziell informellen und gleichwertigen Ebene zur Entwicklung der administrativ-politischen Richtlinien; • Stärkung des Vertrauens zwischen lokalen Entscheidungsträgern und Bevölkerung und daher besonders geeignet in den ersten Amtsjahren der Gemeindeverwaltung; • verstärkte Beteiligung und Interesse der Bevölkerung am betroffenen Gebiet; • Förderung des Gemeinschaftssinns, auch dank dem Bruch sprachlicher Barrieren; • Double-loop learning für die Bürger: Entwicklung neuer Kenntnisse, neuer Anreize und neuer Fähigkeiten (gesellschaftlicher Nutzen). <p>Kontra:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Risiko einer Nicht-Verwirklichung des Projekts; • Gefahr, dass einige der beteiligten AkteurInnen die Gelegenheit nutzen, um eigene Netzwerke zu bilden und persönliche Interessen zu verfolgen; • die politischen Veränderungen der beteiligten Verwaltungsorgane könnten den Prozess beeinflussen; • lange Genehmigungszeiten (ca. ein Jahr).
FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER- SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE- EIGNET?)	<p>Städte oder Stadtviertel mit ca. 10.000 bis 15.000 Einwohnern.</p>
FÜR WELCHE THEMATIKEN IST DAS INSTRUMENT GEEIGNET?	<ul style="list-style-type: none"> • Generelle Planung der städtischen und außerstädtischen Gebiete; • Entwicklung von Stadtvierteln bzw. von neuen Gebieten; • Genehmigung von Stadtplanungsvarianten/Bauleitplänen; • Verwaltung von städtischen Gebieten mit hohem Konfliktpotential.
BEISPIELE AUS DER PRAXIS	<p>In Südtirol Stadt Bozen, Oberau (BZ). Projekt OHA! (April 2004 – November 2004) Bauleiterin: Marianella Sclavi, mit dem Team „Avventura Urbana“ aus Turin. Diesbezügliche Diplomarbeit von Urszula Kowalska, Universiteit Amsterdam. Quelle: Abschlussarbeit von Urszula Kowalska, Universität Amsterdam.</p> <p>In der Toskana Stadt Capannori (LU) Partizipative Stadtplanung (November 2011 – November 2012) Variante des Stadtplanungsgesetzes. Quelle: Webseite der Comune di Capannori</p>
FÜR WEITERE INFORMATIONEN	<p>http://www.comune.capannori.lu.it/node/8179 http://www.planningforreal.org.uk/what-is-pfr/project-planning/ http://www.gemeinde.bozen.it/quartieri_context03.jsp?hostmatch=true&area=107&ID_LINK=2326</p>

AUTORIN	Maria Laura Moschella		
NAME DES INSTRUMENTS	World Café		
DEFINITION	<p>Auch bei dem World Café handelt es sich um eine Methode zur konstruktiven Gestaltung von Diskussionen und Gesprächen. Viele Bürger schätzen diese Art der Befragung: Es erlaubt ihnen, die eigene Meinung in einem informellen Kontext in kleinen Gruppen zu äußern und so konstruktiv über diverse Themen zu diskutieren, sowie gemeinsame Lösungen zu finden. Die Dauer eines World Cafés kann variieren und von einem Tag bis hin zu einer Woche dauern; dies hängt von der Anzahl der zu besprechenden Themen ab.</p> <p>Die Durchführung eines World Cafés eignet sich vor allem dann, wenn diverse Ideen und Erfahrungen mit verschiedenen Personen geteilt werden sollen.</p> <p>Das World Café funktioniert wie folgt: Die Teilnehmer werden in Gruppen eingeteilt und es werden einige Moderatoren gewählt. Jeder zur Verfügung gestellte Tisch – ihre Anzahl entspricht den gewählten Themen – arbeitet an einem bestimmten Thema. Die Moderatoren verteilen sich auf die einzelnen Tische und dienen als „Gastgeber“ eines Themas (bestenfalls verfügen sie hierbei schon über Informationen dazu).</p> <p>Jede Sitzung dauert etwa 15 bis 20 Minuten. In dieser Zeit stellt der Moderator das Thema vor und regt die Teilnahme an der Debatte durch Fragen und Überlegungen an.</p> <p>Am Ende der Sitzung, verlässt die Gruppe den Tisch und damit das Thema, während der Moderator eine andere Teilnehmergruppe am Tisch empfängt und die vorherige Diskussion kurz zusammenfasst, woraufhin die neue Gruppe die Diskussion weiterführt.</p> <p>Abschließend stellt jeder Moderator die wichtigsten Punkte der Themen dem gesamten Publikum mit Hilfe eines Plakates vor.</p>		
PRO UND KONTRA	<p>Pro:</p> <ul style="list-style-type: none"> Das World Café ist das perfekt geeignete Instrument zum Sammeln von Erfahrungen, Ideen und Meinungen auf schnelle, aber vernünftige Weise; Die lockere Atmosphäre erlaubt ein informelles Zusammensein, wo jeder Teilnehmer sich wohl fühlen und seine Meinung ehrlich äußern kann; Die Motivation der Teilnehmer wird gestärkt, weil sie sich direkt und informell einbringen können. <p>Kontra:</p> <ul style="list-style-type: none"> Das World Café eignet sich nicht, wenn die zu besprechenden Fragestellungen sehr spezifisch bzw. sehr detailliert sind. In diesem Fall kann es zu einer zu großen Wissensdiskrepanz zwischen Moderatoren und Teilnehmern kommen. Das World Café eignet sich auch nicht für sehr kleine Arbeitsgruppen: die optimale Anzahl an Teilnehmer ist ab 15 Personen (bis zu 100). 		
FLÄCHE (FÜR WELCHE GEBIETSKÖRPER-SCHAFTEN IST DAS INSTRUMENT GE-EIGNET?)	<p>Ein World Café kann nützlich sein</p> <ul style="list-style-type: none"> bei Beratungen auf kommunaler Ebene in Schulen in Unternehmen 		

FÜR WELCHE THEMATIKEN EIGNET SICH DAS INSTRUMENT?	Das World Cafè eignet sich insbesondere für sehr allgemeine Problemstellungen, da der Ablauf und die informelle Atmosphäre keine besonderen technischen bzw. inhaltlichen Vertiefungen benötigen. Die Themen können hierbei sehr unterschiedlich sein und von Umweltfragen, über soziale bis hin zu ökonomischen Problemstellungen reichen. Aufgrund ihrer Dynamik eignet sich diese Methode besonders auch für ein junges Publikum.
BEISPIELE AUS DER PRAXIS	In Südtirol wurde im Rahmen des Projekts Liberamente, das vom Amt für italienische Kultur gefördert wurde, ein World Café durchgeführt. Das Endergebnis des Projektes war die Veröffentlichung eines Manifests, in dem die teilnehmenden Jugendlichen ihre Vorstellung von Südtirol im Jahr 2020 darstellten. Dieses Manifest wurde dann in Brüssel in dem „European Youth Forum“ präsentiert.
FÜR WEITERE INFORMATIONEN	http://www.theworldcafe.com/method.html



Welche Instrumente wo und wofür?



		<ul style="list-style-type: none"> • Deliberative Polling, • Electronic Town Meeting
<ul style="list-style-type: none"> • BürgerInnenhaushalt, • BürgerInnenrat 	<ul style="list-style-type: none"> • BürgerInnenrat, • Planungszelle, • E-Demokratie 	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Debatte, • E-Demokratie, • Deliberative Polling, • BürgerInnenrat
<ul style="list-style-type: none"> • BürgerInnenhaushalt, • BürgerInnenrat 	<ul style="list-style-type: none"> • Planungszelle, • Bügerrat 	<ul style="list-style-type: none"> • Planungszelle, • Bügerrat
<ul style="list-style-type: none"> • BürgerInnenhaushalt, • BürgerInnenrat 	<ul style="list-style-type: none"> • World Café, • Open Space Technology, • Planungszelle, • BürgerInnenrat 	<ul style="list-style-type: none"> • World Café, • Open Space Technology, • Planungszelle, • BürgerInnenrat
<ul style="list-style-type: none"> • BürgerInnenhaushalt, • BürgerInnenrat 	<ul style="list-style-type: none"> • World Café, • Open Space Technology, • Planungszelle, • BürgerInnenrat 	<ul style="list-style-type: none"> • World Café, • Open Space Technology, • Planungszelle, • BürgerInnenrat

INVESTITIONEN

SOZIALES

VERKEHR/MOBILITÄT



FAZIT UND DANKSAGUNG

Greta Klotz und Martina Trettel ——

Warum ein Projekt zur BürgerInnenbeteiligung in der Europaregion Tirol- Südtirol/Alto Adige-Trentino?

Das Projekt POP! hatte zum Ziel, junge Erwachsene unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Bildungsstands für politische Beteiligung zu begeistern. Nach dem Motto „Demokratie mitgestalten!“ wurden junge Erwachsene aus der Europaregion Tirol-Südtirol/Alto Adige-Trentino (18-30 Jahre) gesucht, um neue Wege der demokratischen Willensbildung zu analysieren und zu Pionieren der BürgerInnenbeteiligung zu werden. Ausgehend vom jeweiligen lokalen Kontext, verfolgte das Projekt das Ziel, das Desinteresse junger Erwachsener an politischen Institutionen zu vermindern. Durch das Analysieren lösungsorientierter Methoden der BürgerInnenbeteiligung sollte

die Kreativität der Teilnehmer zu alternativen Formen der Demokratie geweckt werden.

Wie lief das Projekt in Südtirol ab?

Das Projekt POP! wurde in Südtirol mit einer Gruppe von 14 jungen Erwachsenen durchgeführt, die sich von Mai bis November 2014 mehrmals trafen, um gemeinsam über BürgerInnenbeteiligung zu diskutieren. Ergebnis dieser Workshops ist der vorliegende Leitfaden, welchen die Teilnehmer selbst verfasst und erarbeitet haben.

Wieso sahen die Teilnehmer die Notwendigkeit für einen solchen Leitfaden?

In ihren eifrigen Diskussionen waren sich alle einig, dass sich die BürgerInnen Südtirols generell gerne einbringen und für die

Gemeinschaft einsetzen. Es fehlen aber, insbesondere auf institutioneller Ebene, Informationen, Instrumente und Orte, die sich konkret mit der Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen beschäftigen.

Aus diesem Grund haben sich die Teilnehmer der Gruppe aus Südtirol dazu entschlossen, einen praktischen Leitfaden für die Mitarbeiter der lokalen Verwaltungen zu erarbeiten.

Dabei soll dieser Leitfaden zum Thema BürgerInnenbeteiligung informieren, den Südtiroler Gemeindevertretern einen ersten Überblick über diesbezügliche Methoden und Möglichkeiten liefern und aufzeigen, wie BürgerInnen konkret in Entscheidungsprozesse eingebunden werden können.

Dank der aktiven Teilnahme aller Beteiligten ist es hoffentlich

gelungen, das Interesse an und die kritische Auseinandersetzung mit Methoden, Formen und Instrumenten der BürgerInnenbeteiligung zu fördern und neue Ansätze zur Lösung von lokalen und regionalen Problemen aufzuzeigen.

Wie geht es weiter?

Das Projekt POP! ist eine Art Grundstein, auf dessen Basis effizientere, transparentere und bürgerähnere Entscheidungsprozesse entwickelt werden können. Der vorliegende Leitfaden wird veröffentlicht und allen BürgerInnen sowie der lokalen Verwaltung zur Verfügung gestellt. Es kann genutzt werden, um eigenes Wissen zur partizipativen Demokratie und BürgerInnenbeteiligung zu vertiefen. Die partizipative Demokratie soll herkömmliche Demokratieformen - wie die repräsentative und direkte Demokratie - nicht ersetzen, sondern viel mehr ergänzen und vervollständigen.

Wem ist der Erfolg des Projekts zu verdanken?

Eine Vielzahl von Personen hat an diesem Projekt mitgewirkt. Durch deren intensive und kontinuierliche Mitarbeit konnte nicht nur der vorliegende Leitfaden realisiert, sondern auch das gesamte Projekt positiv abgeschlossen werden.

Zu allererst möchten wir uns herzlichst bei allen Teilnehmern der POP!-Gruppe Südtirol bedanken: Isabel Gallmetzer, Tommaso Grugnetti, Valentino Liberto, Michele Matejka, Marialaura Moschella, Fabian Pedrotti, Marlene

Pernstich, Hannes Prenner, Daniel Russo, Guido Schmalzl, Alessio Tomelleri, Andrej Werth.

Darüber hinaus gilt unser Dank auch allen Projektpartnern: Scuola di Preparazione Sociale (Trent), Mitbestimmung.cc (Innsbruck), Institut für Föderalismus (Innsbruck). Ein besonderer Dank geht an die Europaregion Tirol-Sütirol/ Alto Adige-Trentino für die Unterstützung und das Vertrauen.

Ein herzliches Dankeschön auch an all jene Personen, Institutionen und MitarbeiterInnen, die dazu beigetragen haben unser Projekt inhaltlich zu füllen und dieser Leitfaden zu realisieren: Ulrich Veith (Bürgermeister von Mals), Andreas Schatzer (Bürgermeister von Vahrn und Präsident des Südtiroler Gemeindeverband Genossenschaft), Weigh Station for Culture, Daniele Marchi und die Wissenschaftskommunikation der EURAC.

Last but not least möchten wir uns noch bei allen KollegInnen des EURAC-Instituts für Föderalismus- und Regionalismusforschung bedanken, die uns bei der Entwicklung des Projekts stets unterstützt haben. Hierbei gilt ein besonderer Dank Elisabeth Alber, Koordinatorin des Projekts POP! Paths of Participation.



Paths of Participation!
Percorsi di partecipazione!
Pfade von Partizipation!

